

Ökologisch-soziale Gemeinwirtschaft. Wege aus der Umweltkrise

von Olaf Bandt¹

„Flatten the curve!“ – dieser Hauptsatz zur Bekämpfung der Corona-Krise gilt ebenso für die dringende notwendige Minderung der Treibhausgase in der Erdatmosphäre, für den Stopp des Artensterbens und für die erforderliche entscheidende Senkung des weiter steigenden Ressourcenverbrauchs. Gelingt dies alles nicht, könnten ähnlich wie das Corona-Virus, das die Welt allerdings nahezu unvorbereitet traf, kommende Umwelt- und Klimakrisen sogar noch höhere Schäden anrichten als die Pandemie. Umweltkrisen treffen die globale Gemeinschaft allerdings nicht unvorbereitet. Hier erweitert das Virus wahrscheinlich sogar unseren Horizont. Niemals zuvor wurde nicht nur in unserem Land so oft an Vorsorge, Gemeinsinn, Solidarität, Aufeinanderachten, Zuwendung, Empathie, an gegenseitige Hilfe und Unterstützung appelliert wie derzeit. Und genau dies könnte der Gesellschaft jenen Schub geben, den sie braucht, um den Herausforderungen gegenwärtiger und künftiger Krisen, einschließlich ökologischer, besser gerüstet als bisher begegnen zu können. Nötig sind aber auch beherzte politische Entscheidungen und ein entschiedenes Umsteuern. Insbesondere müssen neue ökologische Trends und Verhaltensänderungen gefördert werden. Um die notwendigen Veränderungen auch tatsächlich zu erreichen kommen wir aber letztlich nicht umhin, unsere Wirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Gemeinwirtschaft umzubauen. Fast 90 Prozent der Deutschen schätzen es als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ ein, dass die Bundesregierung bei Investitionsprogrammen zur Bekämpfung der Corona-Krise den Schutz von Umwelt und Klima berücksichtigt² (1). Dass dies nicht unwahrscheinlich ist, hat ein Beispiel der letzten Monate bereits gezeigt: Obwohl der seit Jahrzehnten politisch gehätschelten Autoindustrie schon mehrfach mit hunderten

Millionen Euro Steuergeldern geholfen wurde (Stichwort Abwrackprämie), ist ihre aktuelle Forderung, krisenbedingte Kaufprämien auch für diesel- und benzinbetriebene Modelle einzusetzen zu wollen, von der Bundesregierung abgelehnt worden. Bei der pauschalen Reduzierung der Mehrwertsteuer wiederum kritisiert auch die IG Metall die fehlende ökologische Steuerung. Dieser Vorgang weist die Richtung: Um unser politisches und wirtschaftliches System zu erneuern und zugleich zukunftsfeste sichere Arbeitsplätze zu schaffen, braucht es Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur mit verringerten Umweltbelastungen und minimiertem Ressourcenverbrauch, in der Industrie, der Landwirtschaft, der Tourismusbranche, in der Bau- und Wohnungspolitik. Und auch im Verkehrssektor, einer Aufgabe, der sich die Politik endlich stellen muss.

Die Energiewende konsequent fortsetzen, ökologisch und sozial gerecht

Der wichtigste Bereich für eine moderne klimagerechte Wirtschaft ist nach wie vor die Energieerzeugung und -versorgung. Mit der Vision von erneuerbaren Energien, basierend auf einer bürgernahen Energiedemokratie, schlossen sich in den Anfängen der Energiewende viele Bürger*innen zusammen, gründeten Energiegenossenschaften und brachten Bürgerwindenergie, gemeinschaftlich bzw. genossenschaftlich errichtete Windparks und Mieterstromkonzepte mittels Photovoltaik voran. Sie machten die Welt ökologischer, erzielten eine hohe Wertschöpfung und schufen viele zukunftsträchtige Arbeitsplätze in ihrer Region. Sie versorgten sich und ihre Nachbarschaft mit grünem Strom, mit der Beteiligung vieler und unter Beachtung demokratischer und sozialer Prinzipien. Dies ist nach wie vor das starke Leitbild einer Energiezukunft mit hoher Akzeptanz, auch wenn rückwärtsgewandte Politiker*innen die Energiewende in Deutschland immer wieder diskreditieren, teilweise

1 Olaf Bandt hat sich sehr bald nach seiner Ausbildung als Ingenieur für Umwelt- und Hygienetechnik im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) engagiert und ist heute Vorsitzender des BUND. Er ist verheiratet, hat drei Töchter und lebt in Werder/ Havel.

2 https://www.dbu.de/123artikel38644_2442.html

sogar als sinnlos oder gescheitert bezeichnen und sie beenden wollen. Das Gegenteil ist nötig, die beste Basis für mehr Klimaschutz und das Erreichen der Pariser Klimaziele ist eine intelligent vernetzte dezentrale Energiewende in der Hand der Bürger*innen mit dem Ziel einer optimal ausdifferenzierten und modernisierten Gemeinwirtschaft auch in vielen anderen Bereichen. Für die Stromerzeugung heißt dezentral, dass Energie möglichst nah an jenen Orten erzeugt wird, wo die Bürger*innen sie benötigen. Damit bleiben die Verluste gering und die Akzeptanz steigt. In Bürgerhand bedeutet auch, dass die Menschen finanziell davon profitieren, wenn erneuerbarer Strom erzeugt und verteilt wird. Und auch Kommunen müssen verstärkt Teil dieser bürgernahen Energiedemokratie werden. In unserem Land wurde die Teilhabe an der Energiewende jedoch zunehmend eingeschränkt, dies lag unter anderem an den 2014 beschlossenen Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes weg von einem sicheren Vergütungssystem für die Einspeisung erneuerbaren Stroms hin zu Ausschreibungen. Das Engagement der Bürger*innen wurde vom Risiko einer unsicheren Förderung finanziell ausgebremst, tatsächlich werden inzwischen vor allem von den großen Stromkonzernen riesige Windparks errichtet, was unter anderem zur geringeren Akzeptanz in der Bevölkerung beiträgt. Ein großes Manko war auch, dass die EU-Richtlinien im Energiesektor in der Vergangenheit keine Bürgerbeteiligung vorsahen. Diese Regelungen hinkten weit hinter der wachsenden Zahl kleiner und dezentraler Teilnehmer am Energiemarkt hinterher (hierzu zählen auch Haushalte und Kleinbetriebe). Eine sozial gerechte Energiewende bedeutet hingegen, die Erzeugung erneuerbarer Energien in die Hände der Bürger*innen zu legen. Nachdem Großunternehmen der Atom-, Kohle-, Gas- und Ölindustrie diese Zukunft jahrelang behindert haben, muss der neue Aufbruch nun in den Händen von Bürger*innen und Kommunen liegen. Hierzulande war die Energiewende bislang ein großer Erfolg: Die bis 2016 installierte Leistung an erneuerbaren Energien geht zu 42 Prozent auf individuelle Akteure, Energie-Gemeinschaften und Kommunen zurück – das ist fast drei Mal so viel wie alle Energiekonzerne zusammen auf den Weg gebracht hatten. War

in den letzten Jahren die Situation für die Bürgerenergie schwieriger geworden und hatte dies leider auch einen drastischen Rückgang der Zahl neu gegründeter Energiegenossenschaften zur Folge – was die Gesamtzahl der geförderten Bürger*innenprojekte stagnieren ließ – so verschafft inzwischen eine neue EU-Richtlinie, die dezentralen Akteuren das Recht gibt, Energie zu erzeugen und zu verkaufen, der Bürgerenergie-Bewegung neuen Auftrieb³. In ganz Europa nimmt die Energierevolution wieder Fahrt auf. Die neuen Regelungen werden derzeit in allen EU-Mitgliedstaaten in die Praxis umgesetzt. Einzelakteure, Energie-Gemeinschaften, Städte und Kommunen sind Vorkämpfer für die „zweite Welle“ der europäischen Energiewende. Immer öfter erzeugen und vermarkten sie – zu einem Großteil in Privathäusern oder in Mieter*innengemeinschaften – selbst erzeugte erneuerbare Energien und fördern den Wandel hin zu einer gerechteren, demokratischeren und dezentralen Energieversorgung. Bürger*innen und Gemeinden in ganz Europa installieren in ihren Regionen Erneuerbare-Energien-Anlagen und Energiespeichersysteme und sind führend bei der Dämmung von Wohnungen und Gebäuden. Die Bürgerenergie hat das Potential, die Energiewende zu beschleunigen, sie gerechter und demokratischer zu machen und damit den Grundstein für eine ökologisch-soziale Gemeinwirtschaft zu legen. Ursprünglich waren die Regeln des EU-Energiemarktes auf große, zentrale und multinationale Unternehmen, deren wirtschaftliche Aktivitäten auf CO₂-intensiven fossilen Brennstoffen basierten, zugeschnitten. Viel zu lange wurden Bürger*innen und Gemeinschaften nicht als eigenständige Marktteilnehmer anerkannt und mit gerechten Regeln entsprechend gefördert. Da erneuerbare Energien inzwischen stärker marktgetrieben sind als früher, hat dies dazu beigetragen, finanziell weniger leistungsfähige Einzelpersonen und Gemeinschaften aus dem Markt zu drängen. Das 2018 von der EU vereinbarte „Clean Energy Package“, beginnend mit der Neufassung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie, schuf jedoch für die Bürger*innen neue Möglichkeiten. Einzelpersonen, Energie-

3 https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energie-wende/energie-wende_europa_entfesselt_broschuere.pdf

Gemeinschaften und Kommunen in der EU haben jetzt eine Reihe von Garantien, die Investitionen in erneuerbare Energien absichern und sie von der europäischen Energiewende profitieren lassen. Die Anerkennung ihrer Rolle, die Förderung und das neue Bürgerrecht, erneuerbare Energie erzeugen, verbrauchen, handeln und speichern zu dürfen, sind inzwischen gesetzlich verankert. Das lässt hoffen und eröffnet große Chancen für die Bürgerenergie als wesentlichen Beitrag hin zu einer Zukunft mit 100 Prozent Energie aus erneuerbaren Quellen. Eine kürzlich durchgeführte Studie ergab, dass die Hälfte der EU-Bürger*innen – inklusive örtlicher Gemeinden, Schulen und Krankenhäuser – bis 2050 ihren eigenen erneuerbaren Strom produzieren und damit 45 Prozent ihres Gesamtenergiebedarfs decken könnten⁴.

⁴ In der Studie der niederländischen Beratungsfirma CE Delft aus dem Jahr 2016 wurde erstmalig das Potential einer europaweiten dezentralen Stromerzeugung untersucht. <https://bit.ly/2GLYnov>

Ökologisch-soziale Gemeinwirtschaft, Wohlfahrtsindex und Gesundheitssektor

Mit „neuem Schwung“ und unter Beachtung ökologischer und sozialer Kriterien aus der gegenwärtigen Krise und aus vergleichbaren Krisen herauszukommen, dies stünde heutigen und nachkommenden Generationen gut zu Gesicht. Unbedingt erforderlich dafür ist unter anderem auch ein Neustart der bisherigen Versuche des Deutschen Bundestages, zur Messung der Gemeinschaftsleistungen geeigneter Indikatoren zu finden als die rein pekuniäre Bewertung der gesamtgesellschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) muss dringend abgelöst werden von einem Wohlfahrtsindex, der zusätzliche ökologische und soziale Kriterien, ihrer Bedeutung entsprechend gewichtet, bewertet und einbezieht. Wie wichtig die Einführung eines solchen Wohlfahrtsindex ist, lässt sich am Beispiel der aktuellen Lage in der Gesundheitsfürsorge und bei den Pflegediensten erkennen. Beide Bereiche haben ihre Ursprünge im sogenannten Non-Profit-Sektor. In

Wirtschaft jetzt anders machen!



Norbert Nicoll

Gut leben ohne Wachstum

Eine Einladung zur Degrowth-Debatte
Mit einem Vorwort von Asuka Kähler, Fridays for Future

2020, 178 S.,
E-Book 24,- €
ISBN 978-3-8288-7504-3

Unser Wirtschaftssystem ist nicht zukunftsfähig. Wir brauchen einen Wandel. Dieser Wandel ist bereits im Gange. Er wird getragen von tausenden Initiativen weltweit, welche sich gegen ein unendliches Wirtschaftswachstum ohne Rücksicht auf das Wohlergehen des Menschen und der Umwelt einsetzen. Dieses Buch wirft fundamentale Fragen auf. In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Welche Dinge sind wirklich wichtig?

Das Buch entwickelt die Vision einer besseren Zukunft. Es zeigt einen Ausweg aus dem Hamsterrad: Kaufen wir weniger, brauchen wir weniger Geld, müssen wir weniger schaffen, können wir uns häufiger entspannt zurücklehnen. Konsumieren wir weniger, brauchen wir weniger Geld, müssen wir weniger schaffen, können wir unser Leben mehr genießen. Am Ende sind wir zufriedener – und entlasten die Umwelt.

Bestellen Sie jetzt im Buchhandel oder versandkostenfrei unter www.tectum-shop.de

**Tectum
Verlag**

den vergangenen drei Jahrzehnten wurde hier ein Schwenk zum freien Markt vollzogen mit dem Versprechen, Wettbewerb und Gewinnorientierung würden zugleich das Leistungsniveau erhöhen und die Kosten senken. Es war ein Versprechen, das sich nicht erfüllt hat. Die einseitig ökonomische Betrachtung dieses Sektors lässt sowohl die Lage von Patienten, von Pflegebedürftigen wie auch des dort tätigen Personals nachrangig erscheinen. Primär profitorientierte Unternehmen haben in diesem Bereich immer größere Anteile der sozialen Infrastruktur übernommen und erzielen Gewinne, denen auf der anderen Seite erhebliche soziale Kosten und Verluste gegenüberstehen. Hinzu kommt, dass mit der privaten Gewinnentnahme dem Sozialsektor generell Finanzmittel entzogen werden, die im Pflege- oder Gesundheitswesen dringend nötig wären. In den zurückliegenden Monaten wurde zunehmend deutlich, dass eine Gesundheitsversorgung und Pflege erforderlich sind, in denen Profitinteressen nicht länger Vorrang vor den Bedarfen von Patienten oder Personal haben dürfen. Das Fazit ist eindeutig: In der Gesundheit und Pflege, bei sozialen Dienstleistungen, aber auch im Wohnungswesen, im Verkehr oder in der Energieversorgung sind neue Aufbrüche in eine wohlfahrtsorientierte Gemeinwirtschaft gefragt, die sich an den tatsächlichen menschlichen Bedürfnissen orientiert. Eine Gemeinwirtschaft, die den Gestaltungswillen der Bürger*innen anfährt und ihnen echte Mitentscheidung ermöglicht. Eine Gemeinwirtschaft, die ökologisch ist, sozial gerecht und demokratisch!

Man muss es leider so sagen: Die Pandemie überdeckt derzeit andere, nicht weniger bedrohliche Krisen. Deutlichstes Zeichen dafür ist, dass die für den November 2020 geplante 26. Weltklimakonferenz im schottischen Glasgow nicht stattfinden konnte. Dem globalen Klimaschutz droht ein verlorenes Jahr. Dem steht jedoch die Hoffnung gegenüber, dass die Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit einer neuen US-Administration wieder gestärkt wird. Diese Wahl hat gezeigt, dass jede Stimme zählt! Doch was sind nun die nächsten wichtigen nationalen, globalen, regionalen und individuellen Maßnahmen, die der internationalen Staatengemeinschaft Wege aus der Umwelt-

krise eröffnen? Dazu gehören länderbezogene ambitionierte Klimaschutzpläne, die dezentrale, auf regenerativen Energien basierende, den sozialen Zusammenhalt stärkende und auf die Regionen zugeschnittene Wirtschaftsmodelle zum Ziel ihrer Politik machen. Der britische Ökonom Nicholas Stern, ein früherer Chefökonom der Weltbank, hat es bereits 2007 deutlich formuliert: „Der Klimawandel ist das Ergebnis des größten Marktversagens, das die Welt je gesehen hat.“ Die Bundestagswahl 2021 wäre der richtige Moment für alle demokratischen Parteien, um für eine ambitionierte ökologische und sozial gerechte Politik zu werben. Eine Politik, die auf dem Weg eines Umbaus unserer Wirtschaft bereit ist, Demokratie zu wagen. Die mobilisierende Vision für heute muss deshalb die einer „Care-Wirtschaft“ statt der gegenwärtigen „Klau-Wirtschaft“ sein. Hoffnung speist sich vor allem aus Modellen der Gemeinwirtschaft, die den ökologisch und sozial größten Nutzen und nicht den größtmöglichen Profit aus den menschlichen und natürlichen Ressourcen ziehen. Dies führt zu einem besseren Leben für alle mit höchster Priorität für Umwelt- und Naturschutz sowie für soziale Belange anstatt stetig steigenden Reichtums vor allem für Minderheiten auf Kosten der Natur und auf Kosten benachteiligter Gruppierungen und kommender Generationen. Die beiden wichtigsten Schlagwörter der Transformationsprozesse sind Innovation und Erneuerung. National neu aufgelegt werden müssen z.B. Effizienzprogramme, die dafür sorgen, mit den vorhandenen Ressourcen ökologischer zu produzieren und zu konsumieren. Ergänzt werden muss dies mit Suffizienzprogrammen, die Motive und Anstöße liefern, weniger und anders zu produzieren und zu konsumieren. Dazu gehören regionale und genossenschaftliche Strukturen des Bürger*innenengagements im Energiesektor wie Bürgersolarparks, Bürgerwindenergie und Bürgerstromnetze, damit wird der notwendige Ausstieg aus fossilen Energien in den kommenden 20 Jahren erreichbar. Dazu gehören gemeinschaftlich organisierte Initiativen im Verkehrssektor wie der Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme, von Radwegenetzen, autofreien Innenstädten, autofreies Wohnen und Auto-Teilen. Dazu gehört der Aufbau grüner Finanzstrukturen und am Gemein-

wohl orientierter Genossenschaftsbanken, der beschleunigte Aufwuchs von Ökofonds und Ökoanleihen. Damit lassen sich Finanzmittel generieren, die für bezahlbare dezentrale Modelle zur erneuerbaren Energieerzeugung, für Mieter*innenstrom-Projekte und für die energetische Sanierung von Mietshäusern und Mietwohnungen eingesetzt werden können. Die Energiewende auch im Wohnsektor gelingt durch die Förderung neuer nachhaltiger Arbeitsplätze und sozial akzeptabler Rahmenbedingungen bei der energetischen Sanierung und Erneuerung von Gebäuden. Vergleichbares gilt für Zusammenschlüsse zur solidarischen Vernetzung landwirtschaftlicher Produktion und Vermarktung, bei der Förderung artgerechter Tierhaltung und der Umstellung industrieller chemie-intensiver Agrarwirtschaft auf ökologische Bewirtschaftungsmethoden. Parallel dazu müssen umwelt- und klimaschädliche Subventionen, allein in Deutschland sind das etwa 50 Milliarden Euro pro Jahr, abgebaut bzw. in Umwelt- und Klimaschutzprojekte umgelenkt werden. Auch Fluggesellschaften, Touristikkonzerne und Kreuzfahrtunternehmen brauchen deutliche Leitplanken. Die Rückkehr zu einer Intensität wie in der Zeit vor der Corona-Krise darf es nicht geben. Dafür benötigen die Beschäftigten Absicherungen und die Aussicht auf Alternativen. Die Branche muss ihren Fokus auf einen sanften Tourismus legen. Fluggesellschaften beispielsweise können zur umfassenden Kooperation mit der Bahn verpflichtet und innerdeutsche Flüge müssen komplett auf die Schiene verlagert werden.

Der sozial-ökologische Umbau der modernen Industriegesellschaften ist kein leichtes Unterfangen. Doch der Weg dahin ist auch hier das Ziel. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass es in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz für einen transparenten, suchenden Politikstil gibt. Welches sind nun die Akteure, die all diese Maßnahmen umsetzen werden? Bisher haben unhinterfragte Fortschrittsgläubigkeit, das Setzen auf ungehemmte Globalisierung und Wachstum die gesellschaftlichen Probleme stetig verschärft. Auch Regressionen in möglicherweise sogar barbarische Verhältnisse sind nicht mehr ausgeschlossen. Genau deshalb aber gewinnt die Zivilgesellschaft zunehmend

an Bedeutung. Die vielen Nichtregierungsorganisationen, die große Zahl gemeinnütziger Vereine, der Bürger*innensinn und das Engagement unzähliger Ehrenamtlicher sind die Basis der sozial-ökologischen Weiterentwicklung. Sie stärken Gemeinsinn und Empathie, Kooperation und Zusammenhalt und sie befördern den Umbau heute noch sehr verletzlicher Staaten in zukunftsfestere Gesellschaften. Sie helfen, das Abrutschen in pandemie- und klimaanfällige Verhältnisse zu vermeiden und sind es bisher schon und bleiben auch nach der Corona-Krise unverzichtbar. Vor uns steht das wichtige Jahr 2021. Es wird zeigen, ob es der internationalen Gemeinschaft gelingt, sich der Corona-Pandemie wirksam entgegen zu stellen und, gelingt dies, wird sich auch zeigen, ob unsere Gesellschaft mit den anderen globalen Krisen umzugehen vermag. Wird sie vielfältiger, bürger*innennäher, demokratischer, umwelt-, klima- und sozialpolitisch gerechter, krisenfester und insgesamt moderner? 2021 wird auch ein Bundestags-Wahljahr. Ende nächsten Jahres wird es eine neue deutsche Bundesregierung geben, möglicherweise wird es auch keine große Koalition sein, die dieses Land regiert. Ich appelliere an alle Parteien, neue ökologisch-soziale Perspektiven in den Wahlkampf einzubringen. Dabei werbe ich für eine ökologisch-soziale Gemeinwirtschaft. Eine Vision, die die ökologische Erneuerung und den Schutz unserer Umwelt mit sozialer und technischer Innovation, mit einer starken Rolle der Bürger*innen, mit neuen Ansprüchen an Gerechtigkeit, an Umverteilung und der Stärkung von Demokratie verbindet. Der Aufbruch in eine solche Gemeinwirtschaft wäre eine geeignete Vision für die Bewältigung unserer aller Aufgaben in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. ■